



32

Stadt Köln - Amt für öffentliche Ordnung
Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln

Firma
Erste Hausverwaltung GmbH
z.H. der Geschäftsführung
Machabäerstraße 28
50668 Köln

**Amt für öffentliche Ordnung
Spezielle Gewerbeangelegenheiten**

Stadthaus Deutz - Ostgebäude
Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln
Behindertengerechter Eingang: Eingang neben Haupteingang

Auskunft Frau Schmitz, Zimmer 08.102
Telefon 0221 221-35397, Telefax 0221 221-26480
E-Mail SpezielleGewerbeangelegenheiten@Stadt-Koeln.de
Internet www.stadt-koeln.de

Sprechzeiten
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr
nach telefonischer Vereinbarung
MITTWOCHS GESCHLOSSEN

KVB Stadtbahn: Linien 1, 3, 4, 9
Bus: Linien 150, 153, 156
Haltestelle: Bf. Deutz-Messe LANXESS arena, Deutz Technische
Hochschule (Linien 1, 9, 153)
S-Bahn: Linien S6, S11, S12, S13, S19 sowie RE-RB- und
Fernverkehr

Ihr Schreiben

Mein Zeichen

Datum

32-321/10-Schm

08.06.2022

Ihre Gewerbe-Anmeldung vom 07.06.2022

hier: Überweisung der Verwaltungsgebühr

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Anlage zu diesem Schreiben übersende ich Ihnen eine Ausfertigung der von Ihnen gewünschten Bestätigung Ihrer Gewerbemeldung.

Die Bestätigung der Gewerbemeldung stellt eine gebührenpflichtige Handlung der Stadt Köln dar.

Die Verwaltungsgebühr beläuft sich gem. Tarifstelle 12.1.3 des Allgemeinen Gebührentarifs zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW auf **46,-- €**

Ich bitte Sie, diese **Verwaltungsgebühr innerhalb von 2 Wochen** nach Bekanntgabe dieses ordnungsbehördlichen Bescheides unter Angabe des **Kassenzeichens- Nr.: 630.405.753.827** auf folgendes Konto zu überweisen:

Stadtkasse Köln bei der Sparkasse Köln-Bonn IBAN DE 67 3705 0198 0093 1429 74.

Soweit Sie sich zur Abwicklung Ihres Zahlungsverkehrs einer ausländischen Bank bedienen, ergänzen Sie Ihre Überweisung bitte um die BIC-Nummer: COLSDE33XXX.

Bitte stellen Sie dabei sicher, dass Gebühr, die IBAN, das Kassenzeichen, sowie -bei Überweisung durch eine ausländische Bank- die BIC-Nummer richtig übertragen werden. Nur so kann Ihre Einzahlung Ihrem Antragsverfahren zugeordnet werden.

Werden bis zum Ablauf des Fälligkeitstages die hiermit festgesetzten Verwaltungsgebühren nicht entrichtet, so ist gemäß § 18 Abs. 1 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein



Seite 2

Westfalen (GebG NRW) für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1% der rückständigen (Haupt-) Forderung zu erheben.

Darüber hinaus sind gemäß § 20 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein Westfalen (VwVG NRW) Mahngebühren und Kosten für die Zwangsvollstreckung zu erheben.

Hinweis: Veränderungen (An-, Um-, Abmeldungen) sind Zeitnah (spätestens sechs Wochen nach Eintritt der Veränderung) mitzuteilen. Meldeverstöße werden mit Verwarn- bzw. Bußgeldern geahndet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Schmitz

Name der entgegennehmenden Stelle Stadt Köln		Gemeindekennzahl der Gemeinde des Sitzes der Betriebsstätte 05315000		GewA 1	
Gewerbe-Anmeldung nach § 14 oder § 55c der Gewerbeordnung		Bitte die nachfolgenden Felder vollständig und gut lesbar ausfüllen sowie die zutreffenden Kästchen ankreuzen			
Angaben zum Betriebsinhaber		Bei Personengesellschaften (z. B. OHG) ist für jeden geschäftsführenden Gesellschafter ein eigener Vordruck auszufüllen. Bei juristischen Personen sind in den Feldern 4 bis 11, 30 und 31 die Angaben zum gesetzlichen Vertreter einzutragen (bei inländischer AG wird auf diese Angaben verzichtet). Bei weiteren gesetzlichen Vertretern sind die Angaben auf Beiblättern zu machen.			
1 Im Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister, ggf. im Stiftungsverzeichnis eingetragener Name mit Rechtsform (bei GbR: Angabe der weiteren Gesellschafter) Erste Hausverwaltung GmbH		2 Ort und Nummer des Eintrages im Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister, ggf. Nummer im Stiftungsverzeichnis Köln HRB 106657			
3 Name des Geschäfts, wenn er vom eingetragenen Namen in Feld 1 abweicht (Geschäftsbezeichnung: z. B. Gaststätte zum grünen Baum, Friseur Haargenau)					
Angaben zur Person					
4 Name Mentzel		5 Vornamen Justus			
6 Geschlecht (Angabe ist entsprechend der Eintragung in der Geburtsurkunde zu machen) männlich <input checked="" type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> ohne Angabe <input type="checkbox"/>					
7 Geburtsname (nur bei Abweichung vom Namen)		8 Geburtsdatum 24.03.1996		9 Geburtsort und -land Duisburg, Deutschland	
10 Staatsangehörigkeit(en) deutsch <input checked="" type="checkbox"/> andere:					
11 Anschrift der Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) Haroldstr. 36 40213 Düsseldorf				(Mobil-)Telefonnummer Telefaxnummer E-Mail-Adresse Internetadresse	
Angaben zum Betrieb					
12 Zahl der geschäftsführenden Gesellschafter (nur bei Personengesellschaften) / Zahl der gesetzlichen Vertreter (nur bei juristischen Personen) 2					
13 Liegt eine Beteiligung der öffentlichen Hand vor? ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> nicht bekannt <input type="checkbox"/>					
14 Vertretungsberechtigte Person/Betriebsleiter (nur bei inländischen Aktiengesellschaften, Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen) Vornamen Name					
Anschriften (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)					
15 Betriebsstätte Machabäerstr. 28 50668 Köln				(Mobil-)Telefonnummer +49(152)28630245 Telefaxnummer E-Mail-Adresse info@erste-hausverwaltung.de Internetadresse	
16 Hauptniederlassung (falls die Betriebsstätte lediglich Zweigniederlassung oder unselbstständige Zweigstelle ist) (Mobil-)Telefonnummer Telefaxnummer E-Mail-Adresse Internetadresse					
17 Frühere Betriebsstätte (Mobil-)Telefonnummer Telefaxnummer E-Mail-Adresse Internetadresse					

18 Angemeldete Tätigkeit (bitte genau angeben und Tätigkeit möglichst genau beschreiben: z.B. Herstellung von Möbeln, Elektroinstallationen und Elektro Einzelhandel, Großhandel mit Lebensmitteln); bei mehreren Tätigkeiten bitte den Schwerpunkt unterstreichen - ggf. ein Beiblatt verwenden. Haus- und Immobilienverwaltung für Mietshäuser, Wohnungseigentümergeinschaften sowie Sondereigentum	
19 Wird die Tätigkeit (vorerst) im Nebenerwerb betrieben? ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>	20 Datum des Beginns der angemeldeten Tätigkeit 19.01.2022
21 Art des angemeldeten Betriebes Industrie <input type="checkbox"/> Handwerk <input type="checkbox"/> Handel <input type="checkbox"/> Sonstiges <input checked="" type="checkbox"/>	
22 Zahl der bei Geschäftsaufnahme tätigen Personen (einschließlich Aushilfen, Vollzeit Teilzeit 5 Keine <input type="checkbox"/> Ehe- oder Lebenspartner des Inhabers); ohne Inhaber	
Die Anmeldung wird erstattet für 23 eine Hauptniederlassung <input checked="" type="checkbox"/> eine Zweigniederlassung <input type="checkbox"/> eine unselbstständige Zweigstelle <input type="checkbox"/> 24 ein Reisegewerbe <input type="checkbox"/>	
25 Grund der Neuerrichtung/ der Übernahme Neugründung <input checked="" type="checkbox"/> Wiedereröffnung nach Verlegung aus einem anderen Meldebezirk <input type="checkbox"/> Wechsel der Rechtsform <input type="checkbox"/> Übergang nach dem Umwandlungsgesetz (z.B. Verschmelzung, Spaltung) <input type="checkbox"/> Gesellschaftereintritt <input type="checkbox"/> Übernahme (Erbfolge, Kauf oder Pacht) <input type="checkbox"/>	
26 Name des früheren Gewerbetreibenden oder früherer Firmenname	
27 Außer bei Neugründung: Angabe des bisherigen gesetzlichen Unfallversicherungsträgers Angabe der bisherigen Mitgliedsnummer nicht bekannt <input type="checkbox"/> nicht bekannt <input type="checkbox"/>	
Falls der Betriebsinhaber für die angemeldete Tätigkeit eine Erlaubnis benötigt, in die Handwerksrolle einzutragen ist oder Ausländer ist, der einen Aufenthaltstitel benötigt:	
28 Liegt eine Erlaubnis vor? nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> Ausstellungsdatum und erteilende Behörde: 19.01.2022, Stadt Köln, Amt für öffentliche Ordnung, 50679 Köln	
29 Nur für Handwerksbetriebe der Anlage A der Handwerksordnung Liegt eine Handwerkskarte vor? nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> Ausstellungsdatum und Name der Handwerkskammer:	
30 Nur für Ausländer, die einen Aufenthaltstitel benötigen Liegt ein Aufenthaltstitel vor? nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> Ausstellungsdatum und erteilende Behörde:	
31 Enthält der Aufenthaltstitel eine die Erwerbstätigkeit betreffende Auflage und/oder Beschränkung? nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> Angabe der Auflage und/oder Beschränkung:	
Der Empfang dieser Anzeige wird gem. § 15 Abs. 1 GewO bescheinigt. Bitte beachten Sie die Unterrichtung nach § 17 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO) sowie die weiteren Hinweise. Diese Anzeige berechtigt nicht zum Beginn des Gewerbebetriebes, wenn noch eine Erlaubnis oder eine Eintragung in die Handwerksrolle notwendig ist. Zuwiderhandlungen können mit Geldbuße, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe geahndet werden. Diese Anzeige ist keine Genehmigung zur Errichtung einer Betriebsstätte gemäß dem Planungs- und Baurecht.	
08.06.2022	Exemplar für den/die Anzeigende/n Bescheinigt gemäß §15 Abs.1 GewO am: 08.06.2022 Gebühr: 46,00 Euro Unterschrift/Siegel: <i>A. Schütz</i>
32 Datum	33 Unterschrift



Unterrichtung für bundesstatistische Erhebungen der Gewerbean- und Gewerbeabmeldungen nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG) und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)

Über die Gewerbeanzeigen für Gewerbean- und -abmeldungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 und 2 Nr. 3 der Gewerbeordnung (GewO) werden von den statistischen Ämtern der Länder monatliche Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

Zweck der Erhebung

Die bei allen Gewerbeanzeigepflichtigen, die ein Gewerbe an- oder abmelden, monatlich durchgeführte Statistik dient der Gewinnung zuverlässiger, aktueller und bundesweit vergleichbarer Daten über die Gewerbean- und -abmeldungen. Sie ist unentbehrliche Informationsgrundlage für die Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Strukturpolitik.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht, Umfang und Art der Erhebung

Rechtsgrundlage der Statistik ist § 14 Abs. 13 in Verbindung mit § 14 Abs. 14 Nr. 5 GewO in Verbindung mit der Gewerbeanzeigenverordnung (GewAnzV) sowie in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 3 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe a GewAnzV (Feld-Nummern 6, 10, 18 bis 25, 29 und 32 der Anlage 1 zur GewAnzV) und zu § 3 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe c GewAnzV (Feld-Nummern 6, 10, 18 bis 26, 28 und 29 der Anlage 3 zur GewAnzV). Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 14 Abs. 13 GewO in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 14 Abs. 13 Satz 4 GewO sind die Gewerbeanzeigepflichtigen, die ein Gewerbe an- oder abmelden, auskunftspflichtig und erfüllen die Auskunftspflicht durch Erstattung der entsprechenden Gewerbeanzeige. Nach § 3 Absatz 4 GewAnzV werden die Daten aus der Gewerbeanzeige elektronisch über verwaltungsinterne Kommunikationsnetze oder verschlüsselt über das Internet an die statistischen Ämter der Länder übermittelt.

Geheimhaltung

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG bzgl. statistischer Verwendungszwecke grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Eine Übermittlung von Einzelangaben ist grundsätzlich zulässig an:

- öffentliche Stellen und Institutionen innerhalb des Statistischen Verbunds, die mit der Durchführung einer Bundes- oder europäischen Statistik betraut sind (z. B. die Statistischen Ämter der Länder, die Deutsche Bundesbank, das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat)),
- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z. B. ITZBund, Rechenzentren der Länder). Nach § 16 Abs. 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben
 1. Einzelangaben zu übermitteln, wenn die Einzelangaben so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),
 2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) zu gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht für Personen, die Einzelangaben erhalten.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern / Ordnungsnummern, Löschung, Statistikregister

Der im Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister, ggf. im Stiftungsverzeichnis eingetragene Name mit Rechtsform; der davon abweichende Name des Geschäfts; Ort und Nummer des Eintrags; Name und Vorname des Gewerbetreibenden; Zahl der geschäftsführenden Gesellschafter/ Zahl der gesetzlichen Vertreter; Anschriften, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Betriebsstätte, der Hauptniederlassung sowie der früheren bzw. künftigen Betriebsstätte (Feld-Nummern 1 bis 5, 12 und 15 bis 17 der Anlagen 1 und 3 der GewAnzV) sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. In den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden diese Hilfsmerkmale nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist. Die Hilfsmerkmale werden nach § 13 Abs. 1 BStatG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Statistikregistergesetz (StatRegG) bei Gewerbeabmeldungen zusammen mit den Erhebungsmerkmalen der Feld-Nummern 6, 10, 18 bis 25, 29 und 32 der Anlage 1 der GewAnzV und bei Gewerbeabmeldungen zusammen mit den Erhebungsmerkmalen 6, 10, 18 bis 26, 28 und 29 der Anlage 3 der GewAnzV im Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke gespeichert.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Die Auskunftgebenden (Anzeigepflichtigen), deren personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können in Bezug auf die bundesstatistischen Erhebungen

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen. Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert, ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden. Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter <https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.

Hinweise

1. Diese Anzeige gilt gleichzeitig als Anzeige nach § 138 Abs. 1 der Abgabenordnung bei dem für den angemeldeten Betrieb zuständigen Finanzamt; die übrigen steuerrechtlichen Vorschriften bleiben jedoch unberührt. Diese Anzeige gilt gleichzeitig auch als Mitteilung nach § 192 Abs. 1 des Siebten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VII) gegenüber dem zuständigen gesetzlichen Unfallversicherungsträger.

Unberührt bleiben auch die sonstigen öffentlich-rechtlichen Pflichten, z. B. nach dem Arbeits- und Sozialversicherungsrecht oder dem Außenwirtschafts- und Ausländerrecht. Diese Bescheinigung berechtigt insbesondere nicht zum Beginn oder zur Änderung oder Erweiterung oder Verlegung eines Gewerbebetriebes, wenn dafür eine Erlaubnis oder eine Eintragung in die Handwerksrolle notwendig ist. Zuwiderhandlungen gegen eine Anzeige- oder Erlaubnispflicht oder eine Pflicht zur Eintragung in die Handwerksrolle können mit Geldbuße, in bestimmten Fällen (vgl. § 148 der Gewerbeordnung (GewO)) auch mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe geahndet werden. Die Fortsetzung eines ohne eine etwa erforderliche Erlaubnis oder eine Eintragung in die Handwerksrolle begonnenen Betriebes kann verhindert werden (§ 15 Abs. 2 GewO, § 16 der Handwerksordnung (HwO)).

2. Ein Wechsel des Betriebsinhabers (z. B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform) einschließlich des Ein- oder Austritts geschäftsführender Gesellschafter bei Personengesellschaften (OHG, KG, GbR), ein Wechsel der Betriebsstätte (z. B. Umwandlung eines Großhandels in einen Einzelhandel), eine Ausdehnung der Tätigkeit auf Waren oder Leistungen, die bei Betrieben der angemeldeten Art nicht geschäftstüblich sind (z. B. Erweiterung eines Großhandels um einen Einzelhandel), eine Verlegung des Betriebs oder die Aufgabe des Betriebes ist erneut nach § 14 GewO anzuzeigen.
3. Bei bereits gegründeten, aber noch nicht im Handelsregister eingetragenen juristischen Personen müssen die in dem Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung angegebenen Gründer jeweils eigene Gewerbeabmeldungen mit einem Hinweis auf die Gesellschaft in Gründung sowie ggf. weitere Gesellschafter abgeben. Nach Eintragung der juristischen Person in dem betreffenden Register hat deren gesetzlicher Vertreter für diese eine Gewerbeabmeldung abzugeben und die Gründer müssen für sich jeweils entsprechende Gewerbeabmeldungen abgeben.
4. Ausländer, mit Ausnahme der EU-Bürger oder Staatsangehörige der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), die in eigener Person im Inland eine gewerbliche Tätigkeit ausüben wollen, bedürfen von der dafür zuständigen Ausländerbehörde einer Niederlassungserlaubnis oder einer Aufenthaltserlaubnis, die die Ausübung einer entsprechenden Erwerbstätigkeit ausdrücklich erlaubt. Schweizer Staatsbürger haben ihr Freizügigkeitsrecht aus dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der

Europäischen Union und der Schweiz (BGBl. II 2001 S. 810) durch Vorlage eines deklaratorischen Aufenthaltstitels nachzuweisen, soweit sie sich in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen oder zur Erbringung von Dienstleistungen mit einer Dauer von mehr als 90 Tagen berechtigt sind.

5. Ein Wechsel im Umfang der Gewerbetätigkeit (Nebenerwerb zu Haupterwerb, oder Haupterwerb zu Nebenerwerb) stellt keinen Meldegrund im Sinne des § 14 der Gewerbeordnung dar.

Hinweis auf das Jugendarbeitsschutzgesetz

Bitte beachten Sie im Rahmen Ihrer Gewerbeausübung die besonderen Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Sofern Sie hierzu Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an die Bezirksregierung Köln, Tel: 0221/ 147 - 0.

Hinweis auf das Geldwäschegesetz

Immobilienmakler i.S. von § 34 C Abs. 1 Nr. 1, Versicherungsvermittler nach § 34 d Abs. 1 und Handelsgewerbetreibende müssen die besonderen Sorgfalts- und Anzeigepflichten des Geldwäschegesetzes beachten.

Hinweis gegen Rassismus und Diskriminierung

Die Stadt Köln beteiligt sich an der europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus und Diskriminierung und ist verpflichtet, gegen alle Arten von Rassismus und Diskriminierung vorzugehen. Alle Gewerbetreibenden werden daher dazu aufgerufen, im Umgang mit den Kunden bzw. Gästen in jeder Hinsicht Toleranz und Fairness walten zu lassen sowie die Menschenwürde zu achten.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wiederholte Verstöße gegen das AGG (allgemeine Gleichbehandlungsgesetz) die gewerberechtliche Zuverlässigkeit in Frage stellen und entsprechende Verfahren zur Folge haben können.

Datenschutzerklärung zum Verfahren, hier: Gewerbean-, -um- und -abmeldung

Im Rahmen Ihres Antrags auf An-, Um- oder Abmeldung eines Gewerbebetriebes benötigt das Sachgebiet gewerberechtliche und glücksspielrechtliche Angelegenheiten der Gewerbeabteilung des Amtes für öffentliche Ordnung der Stadt Köln, Willy-Brandt-Platz 3, Köln, Tel.: 0221 / 221- 27751, E-Mail: gewerbemeldungen@stadt-koeln.de Ihre persönlichen Daten.

Hierbei werden Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der seit 25. Mai 2018 geltenden EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie des derzeit gültigen Datenschutzgesetzes NRW verarbeitet, also insbesondere erhoben, übermittelt, oder gespeichert.

Ihre in diesem Zusammenhang zu verarbeitenden personenbezogenen Daten sind zweckgebunden, das heißt, sie werden nur für den Zweck verwendet, für den sie erhoben worden sind.

Ihre Daten werden ausschließlich im Rahmen datenschutzrechtlicher Zulässigkeiten insbesondere an folgende IT-Fachanwendungen oder andere Dienststellen/Behörden weitergegeben oder befinden sich mit diesen im Rahmen der Sachbearbeitung im Datenaustausch:

- Gewerbefachverfahren migewa zwecks Bearbeitung des Antrags auf Gewerbe-An-, -Um- oder Abmeldung.
- die Ausländerbehörde gemäß § 76 Nr. 1 der Aufenthaltsverordnung (AufenthV), sofern Sie ausländischer Staatsangehöriger sind.
- Polizei, städtische Ämter sowie weitere öffentliche Stellen gemäß § 14 Abs. 6 GewO zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder die vorg. Empfänger könnten die Daten beim Gewerbetreibenden nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erheben oder von einer solchen Datenerhebung nach der Art der Aufgabe, für deren Erfüllung die Kenntnis der Daten erforderlich ist, absehen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, dass das schutzwürdige Interesse des Gewerbetreibenden überwiegt.
- Krankenkassen oder Auskunftssuchende gemäß § 14 Abs. 7 GewO, sofern ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft gemacht wird und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Gewerbetreibenden überwiegt.
- Industrie- und Handelskammer zu Köln gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 der Verordnung zur Ausgestaltung des Gewerbeanzeigerfahrens (Gewerbeanzeigerverordnung - GewAnzV) zur Wahrnehmung der in den §§ 1, 3 und 5 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern genannten sowie der nach § 1 Abs. 4 desselben Gesetzes übertragenen Aufgaben,
- Handwerkskammer zu Köln gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV zur Wahrnehmung der in § 91 der Handwerksordnung genannten, insbesondere der ihr durch die §§ 6, 19 und 28 der Handwerksordnung zugewiesenen und sonstiger durch Gesetz übertragenen Aufgaben,
- Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen (LBME), gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV zur Wahrnehmung der Aufgaben, die im Mess- und Eichgesetz und in den auf Grund des Mess- und Eichgesetzes ergangenen Rechtsverordnungen festgelegt sind.
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV ausschließlich zur Weiterleitung an die zuständige Berufsgenossenschaft für die Erfüllung der ihr durch Gesetz übertragenen Aufgaben.
- Hauptzollamt Köln gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV zur Wahrnehmung der ihnen nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, nach § 405 Abs. 1 in Verbindung mit § 404 Abs. 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch sowie nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz obliegenden Aufgaben.
- Amtsgericht Köln, Handels- und Genossenschaftsregister, gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV, soweit es sich um die Abmeldung einer im Handels- und Genossenschaftsregister eingetragenen Haupt- oder Zweigniederlassung handelt, für Maßnahmen zur Herstellung der inhaltlichen Richtigkeit des Handelsregisters gemäß § 388 Absatz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder des Genossenschaftsregisters gemäß § 160 des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.
- Landesamt für Statistik gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV zur Führung des Statistikregisters nach § 1 Abs. 1 Satz 1 des Statistikregistergesetzes in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 und 2.
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (als Landesbehörde für Lebensmittelüberwachung), gemäß § 14 Abs. 8 GewO i. V. m. § 3 GewAnzV zur Durchführung lebensmittelrechtlicher Vorschriften.
- Finanzämter gemäß § 14 Abs. 8 Satz 3 GewO i. V. m. § 138 Abs. 1 AO.
- Polizei, Staatsanwaltschaft, Gewerbezentralregister nach § 14 Abs. 9 GewO soweit die Kenntnis der Daten zur Verfolgung von Straftaten erforderlich ist oder eine besondere Rechtsvorschrift dies vorsieht.
- Zur Überwachung und Dokumentation der fristgerechten und vollständigen Zahlung bzw. Erstattung, werden die Daten an die für die Zahlungsabwicklung zuständige Stelle der Stadt Köln weitergegeben. Hierzu werden von dort zusätzlich die Kontodaten des Einzahlers bzw. der Einzahlerin verarbeitet.

Rechtliche Grundlage:

Die rechtliche Grundlage für die An-, Um- und Abmeldung eines Gewerbebetriebes ist der § 14 Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO).

Löschung der Daten:

Die Löschungsfristen für die Daten des Gewerberegisters bestimmen sich nach den Datenschutzgesetzen der Länder, für Nordrhein-Westfalen § 10 DSG NRW. Überwiegend heißt es in den bundesweiten Landesdatenschutzgesetzen, dass personenbezogene Daten dann zu löschen sind, wenn "ihre Kenntnis für die speichernde Stelle zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben nicht mehr erforderlich ist". Konkrete Fristen werden nicht genannt.

Nach einer Empfehlung des Bund-Länder-Ausschusses "Gewerberecht" sollte in Anlehnung an die Hinweise der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) eine Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren nach Abmeldung des Gewerbebetriebes als ausreichend, zum Zwecke der Überwachung der Gewerbetreibenden aber auch als erforderlich, angesehen werden. Die Schriftgutordnung der Stadt Köln sieht grundsätzlich eine Aufbewahrung der Gewerbemeldedaten bis zu 10 Jahren nach erfolgter Abmeldung

vor, Danach müssen die Daten archiviert oder ggf. auch endgültig gelöscht werden.

Archivierung der Daten:

Nach § 4 i. V. m. § 10 Abs. 5 des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen - ArchivG NRW) müssen die Daten dem zuständigen Archiv (hier: Historisches Archiv der Stadt Köln) angeboten werden. Nach § 4 Abs. 2 i. V. m. § 10 Abs. 5 ArchivG NRW sind auch Unterlagen anzubieten und zu übergeben, die personenbezogene Daten enthalten, die nach einer Vorschrift des Landes- oder Bundesrechts gelöscht werden müssten oder gelöscht werden könnten, sofern die Speicherung der Daten nicht unzulässig war, oder die einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis oder sonstigen Rechtsvorschriften über die Geheimhaltung unterliegen. Eine Löschung erfolgt erst nach ausdrücklicher Freigabe durch das Historische Archiv. Bei Archiwürdigkeit erfolgt auf Grundlage des nordrhein-westfälischen Archivgesetzes eine dauerhafte Archivierung der Daten im elektronischen Langzeitarchiv des Historischen Archivs der Stadt Köln. Den Zugriff auf die Daten regelt § 6 ArchivG NRW. Zur Wahrung von Persönlichkeitsrechten greifen nach § 7 ArchivG NRW festgelegte Schutzfristen.

Ihre Rechte:

Auf Ihre Rechte zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Sperrung, Übertragbarkeit und Widerspruch bezüglich der erfassten personenbezogenen Daten wird an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Artikel 15 bis 21 der EU-Datenschutzgrundverordnung sowie die §§ 11-14 des Datenschutzgesetzes NRW.

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln unter

Stadt Köln
Datenschutzbeauftragter
Stadthaus Deutz - Ostgebäude
Willy-Brandt-Platz 3
50679 Köln

Telefon: 0221 / 221-22457 oder 0221 / 221-22509

E-Mail: datenschutzbeauftragter@stadt-koeln.de

Mögliche Beschwerden über das Vorgehen der Stadt Köln in dieser datenschutzrechtlichen Angelegenheit richten Sie bitte an die

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
Telefon 0211 / 38424-0
oder E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de